

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das bisschen Haushalt macht sich von allein hat 1977 Johanna von Koczian gesungen. Als ich noch nicht in der Stadtverordnetenversammlung war, dachte ich auch so und musste mich schon im ersten Jahr eines Besseren belehren lassen. Der Haushalt der Stadt Neu-Anspach ist zu vergleichen mit dem Haushalt eines mittleren Industrieunternehmens nur es darf kein Gewinn gemacht werden.

Der Haushalt der Stadt für 2019 liegt vor. Wir von der FWG-UBN werden den Haushalt in dieser Form ablehnen. Laut unserem Bürgermeister hat Neu-Anspach kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem.

Was uns sehr geholfen hat, ist die sogenannte Hessenkasse. Das ist eine Initiative des Hessischen Finanzministers Thomas Schäfer (CDU). Neu-Anspach konnte damit Ihre nicht unerheblichen Kassenkredite ablösen. Glück gehabt Herr Bürgermeister.

Allerdings steht in dem korrigierten Haushalt noch ein neuer Investitionskredit von 438 Tausend. Wir von der FWG-UBN stehen dieser Sachlage kritisch gegenüber, weil der Bürgermeister drei hochdotierte Stellen zusätzlich geplant hat.

Wir hatten ja am 1. Dezember unsere Haushaltsklausur. Vorab gab es schon Signale aus dem Rathaus, dass die Einkommensteuerberechnung völlig falsch war und dass man eventuell die Grundsteuer B erhöhen müsste und einen ausgeglichenen Haushalt für 2019 zu bekommen. Auf der Kredit Seite stand eine Neuaufnahme von 1 Million Euro.

Es wurde von 9:00 bis 17:00 Uhr um jeden Cent gerungen, aber wir sind zu keinem Ergebnis gekommen.

Die Sitzung wurde am Montag, den 3. Dezember um 20:00 Uhr fortgesetzt und plötzlich war alles in Ordnung. Die Retter von der B-NOW und teilweise von der SPD wurden gefeiert.

Ich persönlich mag ja unseren Bürgermeister und bin bisher immer mit ihm gut ausgekommen, aber was da gelaufen ist, war eine kleine Provinzposse. Erst schreit man um Hilfe und will die Steuern erhöhen und dann übers Wochenende wird alles gut. Ich sage es frei heraus, wir hätten uns den Montag Mehrarbeit sparen können.

Bei der korrigierten Version wurde die Stelle des Wirtschaftsförderers durchgesetzt, weil diese Stelle laut B-NOW, SPD und NBF sehr wichtig ist. Laut dem SPD Vorsitzenden, könnte er die Fördertöpfe von Bund und Land durchforsten, ob irgendwelche Gelder zu bekommen wären.

Als ich die Anzeige für den Wirtschaftsförderer gelesen habe, dachte ich erst, es wird ein neuer Bürgermeister gesucht. Die Anforderungen stimmten genau überein.

Die FWG-UBN findet, dass wir einen Wirtschaftsförderer brauchen, aber nicht in der jetzigen defizitären Haushaltslage, sondern erst in einem oder zwei Jahren. Auch das Budget von 4.600 € für das Jahr, sie haben richtig gehört, dass ist das Budget für das Jahr nicht für einen Monat, ist lächerlich.

Vor zwei Jahren haben wir, obwohl wir immer gegen Straßenbeiträge waren, der Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen zugestimmt, weil sonst der Haushalt vom Landrat des Hochtaunuskreises nicht genehmigt worden wäre. In diesem Jahr gibt es eine andere Regelung und deshalb werden wir der Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge nicht zustimmen. Der Bürgermeister sieht es auch zusammen mit der SPD genauso, wie in der Presse groß zu lesen war.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses hat die FWG-UBN zusammen mit der NBF gegen die wiederkehrenden Straßenbeiträge gestimmt. Die B-NOW stimmte dafür, alle anderen Parteien enthielten sich.

Was mich sehr wunderte, dass die NBF von Andreas Moses hier aus dem Dreierbündnis ausgestiegen ist.

Wir bleiben dabei und werden auch in der Stadtverordnetenversammlung dagegen stimmen.

Die vom Land Hessen eingeführte 6-Stunden-Freistellung begrüßen wir. Hiermit verändert sich die Einnahmenstruktur im Kita-Bereich. Die von den Bürgern nicht mehr zu zahlenden Kita-Gebühren werden zum Teil durch Ausgleichszahlungen

durch das Land gedeckt. Zusammen mit dem Elternbeirat wurden in diesem Zuge zum 01.08.2018 neue Gebühren beschlossen

In den Haushaltsberatungen wurde von der B-NOW über eine Erhöhung bei den nächsten Gesprächen mit dem Elternbeirat, die Mitte 2019 stattfinden nachgedacht.

Seit Jahren ist es Neu-Anspach wichtig, oder man kann sagen wir sind stolz darauf eine junge Stadt zu sein. Ohne Kinder könnten wir uns Neu-Anspach nicht vorstellen. Zuverlässige und stabile Gebühren für unsere Eltern sind wie benutzerfreundliche Öffnungszeiten schon Standard und sollten es auf lange Sicht auch bleiben. Somit können junge Familien planen, ihre Zukunft gestalten, können sich ihr Leben in Neu-Anspach leisten.

Deshalb ist die FWG-UBN nicht bereit über die erneute Erhöhung der Kindergartenengebühren zu verhandeln.

Kleine Menschen können sicher sein, dass sie in allen Einrichtungen dieser Stadt liebevoll und nach dem neusten Bildungsstand (Bildungsplan Hessen) betreut, begleitet und gefördert werden. Die Sicherstellung dieser Standards ist uns sehr wichtig. Dialog zwischen Jung und Alt ist ein kostengünstiges Programm. Es kostet uns nur das Verständnis füreinander.

Unsere Bürger haben die Chancen genutzt und haben sich rege bei der Erstellung des Masterplans 2040 beteiligt.

Die FWG-UBN setzt schon lange Vertrauen in die Bürger von Neu-Anspach, Ideen zu entwickeln, sie weiterzugeben, sich einzubringen, anstatt nur zu fordern.

Genauso wichtig wie die Bürger zu aktivieren ist es wichtig die Wirtschaft in Form von Handel, Dienstleistung und Betrieben zu stärken, einzubinden und neu anzusiedeln.

Seit Oktober wurde uns mitgeteilt, dass Hessenforst, mit denen die Stadt Neu-Anspach Jahrzehnte lang gut zusammengearbeitet hat, zwar noch den Forstbetrieb aber den Holzverkauf nicht mehr durchführen kann.

Seit diesem Zeitpunkt wurde von dem Bündnis B-NOW, SPD, NBF und Linke mit aller Macht, ich wiederhole noch einmal „mit aller Macht“ der Plan durchgedrückt mit einem eigenen Förster zu arbeiten und den Holzverkauf zusammen mit Usingen durchzuführen.

Es wurde uns von Experten erklärt, dass es sinnvoll sei, die Zusammenarbeit mit Hessenforst zu beenden. Im Vergleich wurden die Beträge schöngerechnet, dass ein kleiner Geldvorteil für die Eigenbeförderung sprach.

Wir wissen, dass der Holzverkauf von Hessenforst aus kartellrechtlichen Gründen nicht mehr durchgeführt werden darf, aber wir fragen uns, warum sind andere Taunuskommunen bei Hessenforst geblieben. Es haben sich auch Kommunen zu einer Verkaufsgesellschaft zusammengeschlossen und regeln darüber den Holzverkauf.

Wir von der FWG-UBN finden, dass die Aktion völlig übers Knie gebrochen wurde. Man verlässt sich voll auf Usingen und ich bedauere jetzt schon den neuen Förster, der ganz allein dasteht.

Ein gutgemeinter Vorschlag der Kolleginnen der Grünen, eine zwei Jahre Übergangszeit zu akzeptieren und bei Hessenforst zu bleiben, wurde auch abgelehnt.

Wir haben uns gefragt, warum diese Aktionen mit aller Macht, ich wiederhole mit aller Macht durchgeführt wurden.

Meine Damen und Herren sie kennen ja das Sprichwort: *Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.* Ich habe das probiert und einmal in den Wald gerufen: „Weist Du Wald warum diese Aktionen nötig sind?“ Und zurückkam: „Der Wind, der Wind das himmlische Kind.“

Meine Damen und Herren verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bin für die Erhaltung der Freizeitattraktion Waldschwimmbad, aber Ihr Leute von der Verwaltung was habt ihr denn vor Kurzem für eine Pressemitteilung herausgegeben.?

Ich wurde mehrfach von Bürgern angesprochen, dass wir bald ein neues Superschwimmbad mit allem Pi, Pa, Po bekommen werden. Es ist eigentlich schade, dass das so verstanden wurde.

Die Lösung ist, es wurde ein klasse Antrag bei einem Wettbewerb der Bundesregierung gestellt. Wir sind im Topf und müssen jetzt abwarten, ob wir auch den Zuschlag bekommen werden. Wenn das der Fall sein sollte, werden 90 % der anfallenden Kosten vom Bund beglichen. Wie wir die restlichen 10% bezahlen sollen, da ist mir noch ein wenig bange.

Zum Schluss noch eine kleine Geschichte: Ich habe einen guten Freund, den habe ich vor der Hessenwahl gefragt: Sag mal was wählst Du denn? Als Antwort kam prompt: Die Rechten. Auf meiner Frage nach dem Warum, hat er geantwortet: Die in den Regierungen und Parlamenten machen doch nur noch Mist.

Mein Vorschlag für das Jahr 2019: Lasst uns weniger Mist machen.

Wir von der FWG-UBN möchten uns bei der Verwaltung für die geleistete, gute Arbeit insbesondere bei Frau Keth und Herrn Knull von der Kämmerei bedanken.

Spannende Zeiten kommen auf uns zu, nutzen wir die Chancen, die uns bieten unsere Probleme zusammen zu lösen.

Vielen Dank, dass sie mir zugehört haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und einen guten Anfang im Jahr 2019.